

Sieben Thesen und drei Fragen zur europäischen Ostpolitik

EINFÜHRUNGSREDE VON STEPHAN RAABE

Lieber Herr Senator Gowin, sehr geehrte Minister und Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren,
am Beginn dieser Konferenz möchte ich sieben Thesen zur europäischen Ostpolitik vortragen - unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Deutschlands und Polens - und am Ende drei Fragen stellen. Ich bitte um Verständnis, dass ich bei diesem schwierigen Thema auf Deutsch sprechen werde.

1. Es gibt ähnliche Interessen Deutschlands und Polens in der Ostpolitik. Beiden Staaten haben ein großes Interesse an der Stabilisierung Osteuropas durch politische Zusammenarbeit, durch Demokratisierung und Europäisierung. Deshalb hat Kai-Olaf Lang, von der Stiftung Wissenschaft und Politik – der heute hier sprechen wird, 2005 die Idee eines „deutsch-polnischen Schwungrades“ zur Entwicklung der Ostpolitik vorgestellt. Von einem solchen Schwungrad sind wir jedoch mindestens so weit entfernt, wie von einer europäischen Ostpolitik insgesamt.

2. Eine engere Kooperation in der Ostpolitik zwischen Deutschland und Polen setzt eine engere außenpolitische Abstimmung untereinander voraus. Es gibt aber bereits nicht geringe Schwierigkeiten, den normalen diplomatischen Dialog miteinander zu führen. Angesichts dessen ist das polnisch-deutsche Schwungrad für die Ostpolitik also - bedingt durch die politische Wetterlage - in den Keller abgestellt worden.

3. Nicht wenige Analysten in Deutschland sehen Polen unter der Regierung Kaczynski, Lepper, Giertych auf einer „europäischen

Irrfahrt, gespickt mit deutschlandkritischer Rhetorik“, wie ebenfalls Kai-Olaf Lang im Sommer schrieb. In Deutschland wird befürchtet, dass sich Polen durch die „harte Außenpolitik“ und die „Unbeugsame nationale Interessenvertretung“ der konservativ-populistischen Regierung zunehmend in der EU selbst marginalisiert. Die polnische Regierung hat solche Befürchtungen offenbar nicht, gehört doch dieses Vorgehen zu ihrer Strategie – das meinen jedenfalls viele Beobachter.

4. In Deutschland gibt es mit Blick auf diese Situation eine gewisse Ratlosigkeit in Bezug auf die weitere Entwicklung der Kooperation mit Polen. Hatte die CDU-geführte große Koalition Polen in ihrem Koalitionsvertrag noch als außenpolitischen Partner in einer Reihe mit Frankreich und den USA genannt, so ist man derzeit vor allem bemüht, wenigstens in freundlicher Weise den Gesprächsfaden mit dem Nachbarn nicht abreißen zu lassen.

5. Gleichzeitig hält die deutsche Regierung am Ziel einer strategischen Partnerschaft mit Russland fest, die allerdings stärker als früher konditioniert wird, also an Bedingungen geknüpft wird. Das ist eine gewisse Neuakzentuierung. Allerdings führt die große Koalition in Deutschland auch zu einer Bündelung der auf Russland fixierten Akteure aus verschiedenen Lagern. Da Polen als außenpolitischer Partner Deutschlands derzeit nahezu ausfällt, spielt es bei der Entwicklung der strategischen Partnerschaft mit Russland und deren Einbettung in die Ostpolitik auch nur am Rande eine Rolle - (leider).

6. Derweil gibt es in Deutschland eine ostpolitische Diskussion zur Strategie gegenüber Russland, die sich zwischen der Beibehaltung des Zieles einer Wertepartnerschaft und einer stärkeren Distanzierung und einer mehr pragmatischen Interessenpartnerschaft bewegt. Mehr oder weniger konkurrieren zwei Ansätze miteinander: Der erste Ansatz ist der einer stark auf Russland zentrierten Ostpolitik im Gewand einer stabilitätsorientierten strategischen Verbindung, bei der die Einbindung der ostmitteleuropäischen EU-Staaten, also vor allem auch die Einbindung Polens, eher als ein „Kommunikationsproblem“ gesehen wird; der zweite Ansatz setzt dagegen stärker auf den Transformationsprozess in den osteuropäischen Staaten.

7. Wie auch immer, was die Zukunft des sogenannten „Zwischeneuropas“, der Staaten zwischen der EU und Russland, anbelangt, spielen zwei Faktoren eine ganz entscheidende außenpolitische Rolle: zunächst die Beziehungen zu Russland als ostpolitisches Schlüsselland und dann die Gestaltung einer spezifischen osteuropäischen Nachbarschaftspolitik der EU. Dabei wird das bisherige osteuropäische Wundermittel, die EU-Mitgliedschaft, auf längere Zeit nicht mehr so einfach einsetzbar sein. Denn jede weitere Erweiterung ist von dem Aufnahmewillen und der Aufnahmefähigkeit der Union abhängig und die ist bekanntlich nach der großen osteuropäischen Erweiterung der Jahre 2004 und 2007 nicht sehr ausgeprägt.

Hier haben die östlichen EU-Staaten naturgemäß ein besonderes Interesse und eine besondere Verantwortung. Von ihrem Engagement wird es in besonderer Weise abhängen, welche Fortschritte in dieser Hinsicht möglich werden. Das „Zwischeneuropa“ des Ostens braucht auf der langen Fahrt zwischen der Scylla des mächtigen Russland und der Charybdis der hohen Anforderungen einer EU-Mitgliedschaft bzw. der Aufnahmebereitschaft zuverlässige und hilfsbereite Lotsen, um den Kurs halten zu können.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund erhoffe ich mir von dem heutigen

Expertengespräch Antworten auf folgende drei Fragen:

1. Wird Polen die notwendige Rolle eines „Schwungrades“ und „Lotsen“ in der europäischen Ostpolitik übernehmen wollen und können und wenn ja, mit welchen Partnern?

2. Was sind aus polnischer Sicht die notwendigen politisch-institutionellen Voraussetzungen dafür, dass eine gemeinsame Ostpolitik in der EU erfolgreich betrieben werden kann?

3. Welche Strategie soll die gemeinsame Ostpolitik verfolgen oder genauer gefasst: wie lässt sich eine transformationsorientierte, auch auf längere Sicht integrationsorientierte Ostpolitik am besten mit der Kooperation mit dem osteuropäischen Schlüsselland Russland vereinbaren?

Ich danke der Europäischen Tischner Hochschule sehr herzlich für die Initiative und Durchführung dieser Konferenz und freue mich auf die heutigen Diskussionen mit ihnen.

Da wir uns unaufhaltsam dem Weihnachtsfest und Jahresende nähern, möchte ich Ihnen bereits jetzt wünschen: Ein frohes Fest der Geburt Gottes und ein glückliches neues Jahr.